

## „Stasi“ soll nicht in Vergessenheit geraten

Kurz vor dem 20. Jahrestag der Einverleibung der DDR erschien in der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 2. Oktober 2010 ein seitenlanger Artikel zum Thema: „Schnipsel-Jagd am Rechner“.

In diesem Artikel wird euphorisch über die Entwicklung von Scanner und Software zur Rekonstruktion von Papierschnipsel berichtet. Seit 2007 arbeiten Experten vom Fraunhofer-Institut an diesem Pilotprojekt.

Noch 15000 Säcke voller Papierschnipsel sollen im fränkischen Zirndorf noch mit der Hand zusammen gesetzt werden. Mit dieser Puzzelei würde es noch 600 Jahre dauern.

Deshalb bewilligte der Bundestag **6 Millionen Euro** für dieses Projekt.

Was ist das nur für ein Wahnsinn. Da werden 6 Millionen Euro, ein Ende ist nicht abzusehen, und weitere Millionen für den gewaltigen Mitarbeiterstab des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU) buchstäblich zum Fenster rausgeschmissen.

Das Pilotprojekt soll Ende 2011 fertig sein und eine Testlaufzeit von 6-12 Monaten haben. **Die Entwickler hoffen, daß der Bundestag weitere Geldmittel bewilligt.**

Das steht jetzt schon fest, daß der Bundestag die weiteren Finanzmittel bewilligt. Lieber speisen sie die Hartz IV-Empfänger mit 5 Euro ab. Oder sie überlassen den Kommunen die Beseitigung der Straßenschäden in eigener Regie. Die Praxis beweist es schon. Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt will dafür 15 Millionen Euro bei Kultur und Soziales einsparen.

Sind die Bundestagsabgeordneten so naiv zu glauben, daß in diesen 15000 Säcken tatsächlich noch wichtiges Material steckt?. Die Ausbeute war wohl bisher nicht hoch genug, daß man weitersuchen muß?. Können sie sich nach gesundem Menschenverstand nicht vorstellen, daß das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) das hochbrisante Material nicht besser vernichtet hat? Aus den 15000 Säcken werden keine sensationellen Neuigkeiten zum Vorschein kommen. Jeder Sack soll 3000 Blatt Papier enthalten. Wer soll denn die 45 Millionen Blätter lesen und auswerten?.

Sollen damit weitere Steuergelder verschleudert werden?.

Die Auswertung der Papiersäcke ist nur ein Vorwand der herrschenden Regierung, um von der eigenen Misere abzulenken. So soll die Bevölkerung stets an den „SED-Unrechtsstaat“ erinnert werden. Kein Fünkchen Sozialismus darf mehr aufglimmen. Deshalb soll die „Stasi-Überprüfung“ auch bis 2019 verlängert werden.

Ist die BRD tatsächlich so demokratisch?

Folgende Beispiele sprechen eine andere Sprache:

1. Westdeutsche Behörden haben bis 1990 Post aus der DDR gemäß der „Interzonenüberwachungsverordnung“ vom 9. Juli 1951 kontrolliert. Auf Anfrage von Petra Pau (Linkspartei) zu diesem Sachverhalt hat die Bundesregierung die DDR-Postkontrolle bis 1990 bestätigt. Zahlen wurden natürlich nicht genannt.
2. Die Verfassungsschützer von Sachsen -Anhalt nehmen es mit dem Datenschutz nicht so genau. Seit dem 1. April 2007 wurden illegal Daten von Minderjährigen gespeichert. Mitarbeiter dieser Behörde hatten vor dieser rechtswidrigen Speicherung gewarnt. Erst im Februar 2009 wurde diese Speicherung untersagt. In dem Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission wurde festgestellt, daß der Verfassungsschutz seine illegale Arbeit noch verschleiert hat. Der Innenminister und sein Staatssekretär müssen den Verfassungsschutz blind vertraut haben. Gegen den Verfassungsschutzchef Volker Limburg läuft seit langem ein Disziplinarverfahren. Es wird wohl im Sande verlaufen. Ein weiterer Verantwortlicher wurde nicht bestraft sondern befördert. Jürgen Schmökel ist heute Chef des Landeskriminalamtes.
3. Die Bundesagentur für Arbeit will in Sachsen-Anhalt Briefe von Arbeitslosen durch Beschäftigte der Post öffnen und scannen lassen. Als Begründung werden Kosteneinsparungen genannt. Schon der Gedanke ist ein Skandal und läßt erkennen, daß Arbeitslose Menschen 2. Klasse sind und für sie das Post- und Fernmeldegeheimnis nicht gilt.
4. Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder haben vor einer zunehmenden Über-

wachung von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz gewarnt. Bei der Warnung und Feststellung wird es wohl bleiben. Sie greifen niemals in das kapitalistische Unternehmertum ein.

Das Gegenteil ist der Fall. Die Unternehmer fordern jetzt von der Bundesregierung noch mehr Überwachung am Arbeitsplatz.

Einige Discounter wie zum Beispiel „Lidl“ praktizierten bereits diese Arbeitsplatzüberwachungen.

5. Die Sicherheitsbehörden haben 2009 in der BRD 20.358 Telefonanschlüsse abgehört. Das sind 24 % mehr als im Jahre 2008. Die meisten Abhörungen erfolgen wegen Drogenverfahren (6279) und wegen Raub und Erpressung (1152). Wo erfolgten die restlichen 13000 Abhörungen?

Über die Abhörungen von Linksparteien, kommunistischen Parteien, fortschrittliche Organisationen wird nicht berichtet.

Die Wahrheit kommt nur durch Zufall ans Tageslicht. Wie die Gesetze umgangen werden, zeigt folgendes Beispiel:

Der britische Polizist Mark Kennedy hat mit Wissen des Bundeskriminalamtes als „Undercover-Agent“ die linke Szene bis in die Studentenkreise ausspioniert. Er war auch beim G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm im Einsatz.

Er könnte auch als „Agentprovokateur“ gearbeitet haben. Bei einer Brandstiftung an einem Müllcontainer und an der Straßensitzblockade in Berlin ist er straffällig aufgefallen. Er beging also selbst

Straftaten und könnte auch zu Straftaten angestachelt haben.

So sieht die bundesdeutsche Wirklichkeit aus. Der Datenschutzbbericht des Landesverwaltungsamtes von Sachsen-Anhalt sagt es eindeutig:

Der technische Fortschritt ermöglicht heutzutage eine immer schnellere und umfangreichere Erfassung von persönlichen Daten. Sowohl die Behörden und die Privatwirtschaft sammeln zahlreiche Informationen über Personenangaben, Einkommensverhältnisse, Kaufverhalten u.a

Nur zum Vergleich: Das Material in den 15000 Säcken könnten heute in ein paar hochwertigen Mikro-Chips gespeichert werden.

Diese Beispiele sind bundesweit nur die Spitze des Eisberges. Die Abhörmaßnahmen und Videoüberwachungen in den Privatwohnungen durch die Geheimdienste im Namen der „Anti-Terror-Gesetze“ können die Bürger nur erahnen. In der BRD gibt es 19 Geheimdienste ( Militärischer Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz und 16 eigenständige Landesämter für Verfassungsschutz)

Jörg Sandrock